

# Newsletter aus Brüssel

11.6.2015, Ausgabe 5

IG Metall Verbindungsbüro



## Inhalt

- Abstimmung zu TTIP im EU-Parlament verschoben
- Europapolitischer Tag der IG Metall: Für ein soziales Europa
- Reform des Emissionshandels beschlossen
- EU-Reformpaket zum Bürokratieabbau: Gefahr für Arbeitnehmerrechte
- Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa muss effektiver werden
- Ausblick: Konferenz zur CO2-Regulierung im Straßenverkehr

---

## Abstimmung zu TTIP im EU-Parlament verschoben

**Der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, hat die geplante Abstimmung des Plenums zum Freihandelsabkommen TTIP kurzfristig gestoppt. Ein neuer Termin für das Votum steht noch nicht fest.**

Eigentlich sollten die Europaabgeordneten am 10. Juni 2015 über eine zentrale Resolution zum Freihandelsabkommen der EU mit den USA, kurz TTIP, im Plenum debattieren und abstimmen. Doch die Abstimmung wurde kurzfristig am Vorabend durch Parlamentspräsidenten Martin Schulz vertagt. Daraufhin stimmten die Abgeordneten nach einer hitzigen Debatte auch für die Verschiebung der TTIP-Diskussion im Plenum. Über den Resolutionsentwurf muss nun ein zweites Mal im Handelsausschuss debattiert und abgestimmt werden. Präsident Schulz hatte eine "inkohärente" Abstimmung im Plenum erwartet, nachdem es mit mehr als 200 Änderungsanträgen deutliche Meinungsverschiedenheiten unter den Abgeordneten gegeben hatte. Zankapfel der Parlamentarier ist die Klausel über die privaten Schiedsgerichte, mithilfe derer große Konzerne im Streitfall nationale Regierungen vor privaten juristischen Einrichtungen verklagen können. Die IG Metall spricht sich entschieden gegen jede Form intransparenter und demokratisch nicht legitimierter Schiedsstellen aus.

---

## Europapolitischer Tag der IG Metall: Für ein soziales Europa

**Auf dem Europapolitischen Tag der IG Metall am 28. Mai 2015 diskutierten Vertreterinnen und Vertreter des Bundestages und der EU-Kommission mit Gewerkschaftsvertretern und Betriebsräten Auswege aus der Eurokrise und die Anforderungen an eine nachhaltige europäische Handelspolitik.**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die daraus folgende hohe Verschuldung einzelner EU-Staaten haben sich politisch, wirtschaftlich sowie sozial verschärft. Die dramatischen Entwicklungen der bisherigen Krisenpolitik haben auch die IG Metall intensiv beschäftigt. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, forderte in seinem Eröffnungsvortrag auf dem Europapolitischen Tag der IG Metall einen Kurswechsel für ein soziales Europa. Ein solcher Kurswechsel sei allerdings nur möglich, "wenn eine koordinierte Industrie- und Investitionspolitik EU-weit eingeleitet wird, die demokratisch legitimiert ist und sich an den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen orientiert." Zu diesen Anforderungen wurde in der anschließenden Paneldiskussion weiterdiskutiert. Unter den Panellisten waren Thomas Kaufmann von der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland und zuständig für Europa 2020 und Economic Governance, Alexander Ulrich, Mitglied des Bundestages (Die Linke) und Obmann im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU sowie Mariano Cerezo, Mitglied im Vorstand der spanischen MCA-UGT.

In einer Paneldiskussion zur Handelspolitik der EU sprach Wolfgang Lemb u.a. mit dem EU-Chefunterhändler für TTIP, Ignacio Garcia Bercero (EU-Kommission), und Torsten Jann, dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden John Deere Mannheim. Lemb verdeutlichte in Bezug auf das geplante Freihandelsabkommen TTIP noch einmal die Position der IG Metall: Keine Gefährdung von Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz sowie Sozial- und Umweltstandards, kein privater Investitionsschutz und die Ratifizierung und Implementierung aller ILO-Kernarbeitsnormen von US-Seite.

- [Programm Europapolitischer Tag der IG Metall 2015](#)
- [Pressemitteilung der IG Metall](#)

---

## Reform des Emissionshandels beschlossen

**Der Umweltausschuss im EU-Parlament hat dem Vorschlag der Kommission zur Einführung einer Marktstabilitätsreserve zugestimmt.**

Der Handel mit Emissionszertifikaten ("Verschmutzungsrechten") in der EU besteht seit 2005 und gilt als wichtiges Instrument für den Klimaschutz. Betreiber von Stahlwerken, Kohlekraftwerken oder Raffinerien müssen für jede Tonne ausgestoßenes Kohlendioxid eine Emissionsberechtigung vorweisen. Diese werden ihnen bis zu einer bestimmten Menge kostenfrei zugeteilt, der Mehrbedarf muss gekauft bzw. seit 2013 ersteigert werden. Doch hat die Ausgabe zu vieler Emissionsberechtigungen in der Anfangsphase – sowie verstärkt durch die Wirtschaftskrise 2008 – dazu geführt, dass der CO2-Preis derzeit so niedrig ist, dass für die Unternehmen praktisch kein Anreiz mehr für Klimaschutz-Investitionen besteht. Der Emissionshandel erfüllt also seine Funktion gegenwärtig nicht.

Am 26. Mai 2015 hat der Umweltausschuss des EU-Parlaments nun den Vorschlag der

Kommission angenommen, eine sogenannte Marktstabilitätsreserve einzuführen. Diese soll das bestehende System des Emissionshandels stabilisieren: Steigt der Überschuss an Zertifikaten auf eine bestimmte Menge an, werden Zertifikate wieder vom Markt genommen und in die Reserve aufgenommen. Sinkt der Überschuss unter eine bestimmte Grenze ab, werden Emissionsberechtigungen aus der Reserve zurück auf den Markt gebracht. Dieses Verfahren soll bereits zum 1. Januar 2019 eingeführt werden.

---

## **EU-Reformpaket zum Bürokratieabbau: Gefahr für Arbeitnehmerrechte**

**Weniger und bessere Regelungen sowie transparentere Gesetzgebung der EU – diese Kernziele hat sich die EU-Kommission gesetzt. Am 19. Mai 2015 stellte sie ihr Programm für "Bessere Rechtsetzung" vor. Gewerkschaften warnen vor einer stillschweigenden Aushebelung von Arbeitnehmerrechten.**

Das neue Programm "Bessere Ergebnisse durch bessere Rechtsetzung – Eine Agenda der EU" soll nach Angaben der Europäischen Kommission tiefgreifende Reformen des EU-Gesetzgebungsapparates vorantreiben. Es soll Offenheit und Transparenz im EU-Entscheidungsprozess fördern, die Qualität neuer Rechtsvorschriften dank erweiterter Folgenabschätzungen verbessern und für eine ständige Überprüfung des geltenden EU-Rechts sorgen. Im Mittelpunkt der Reformen stehen dabei laut Kommission zwei Leitprinzipien: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Mit zum Reformpaket gehört auch eine Neuauflage des "Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung" (EU Regulatory Fitness and Performance Programme) – oder kurz: REFIT. Im Rahmen dieses "EU-Fitness-Programms" sollen bereits bestehende oder geplante Regelungen sowie laufende Gesetzesprozesse vor allem auf angeblich zu hohe bürokratische Hürden für KMU sowie ihren wirtschaftlichen Nutzen überprüft, überarbeitet, und im Zweifel ganz fallengelassen werden.

Europaweit stehen Gewerkschaften den Reformbestrebungen der EU-Kommission skeptisch gegenüber. Der sogenannte Fitness-Check der EU werde negative Folgen für die Beschäftigten haben. Denn der Fokus liege zu einseitig auf Erleichterungen für Unternehmen, und im Zuge einer "Verschlankung" des EU-Regelwerks würden auch Gesundheits- und Sicherheitsstandards für Arbeitnehmer in Frage gestellt. "Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus verstecken sich massive Angriffe auf die Arbeitnehmerschutzrechte", warnt Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. So könnten Regelungen zum Schutz am Arbeitsplatz künftig von wirtschaftlichen Erwägungen abhängen. Denn erforderlich für jede EU-Regelung wäre eine Kosten-Nutzen-Analyse. "Der Nutzen des Gesundheitsschutzes lässt sich allerdings nicht in Cent und Euro ausdrücken", so Lemb. Er stellt klar: "Auch die IG Metall sieht die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken und überflüssige Regeln zu streichen. Doch ein Programm, das den Blick einseitig auf eine Entlastung von Unternehmen richtet, lehnen wir ab. Arbeitnehmerrechte und der Schutz ihrer Gesundheit sind keine bürokratischen Hindernisse!"

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
-

## **Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa muss effektiver werden**

**Gewerkschaften fordern in ganz Europa weitere Maßnahmen und mehr Geld im Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der EU. In einem offenen Brief an EU-Kommissionspräsident Juncker verdeutlichen sie ihre Forderungen und verlangen ein schnelles Handeln der Kommission und der EU-Mitgliedstaaten.**

Die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU ist mit mehr als 20% dramatisch hoch. In Ländern wie Griechenland und Spanien sind sogar bis zu 60% der jungen Menschen unter 25 ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker hat deshalb richtigerweise die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die junge Generation zu einer ihrer obersten Zielsetzungen erklärt. Zentrale Maßnahme hierzu ist die sogenannte Jugendgarantie. Sie verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten dazu, jungen arbeitssuchenden Menschen unter 25 innerhalb von vier Monaten eine Arbeitsstelle, einen Ausbildungsplatz, ein weiterqualifizierendes Praktikum oder eine Fortbildung zu bieten. Die EU unterstützt ihre Mitgliedstaaten dabei über den Europäischen Sozialfonds (ESF) und der mit 6 Milliarden Euro ausgestatteten Europäischen Beschäftigungsinitiative. IG Metall, Europäischer Gewerkschaftsbund und industriAll Europe ziehen nun die ernüchternde Bilanz: Zwar konnten mithilfe der Jugendgarantie neue Arbeitsplätze geschaffen werden – allerdings vor allem im Niedriglohnssektor mit prekären Beschäftigungsbedingungen. Die Maßnahmen sowie das zur Verfügung gestellte Geld reichen bei Weitem nicht zur Umsetzung der gesteckten Ziele aus, kritisieren die Gewerkschaften in einem gemeinsamen Schreiben an Juncker. Sie fordern die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, mehr Gelder für Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung zu stellen, sowie die Jugendgarantie und ihre Implementierung in den einzelnen Mitgliedstaaten effektiver und nachhaltiger zu gestalten. Wolfgang Lemb, für Europa und Industriepolitik zuständiges Vorstandsmitglied der IG Metall, fordert: "Es müssen Maßnahmen gefunden werden, die kurzfristig Beschäftigung oder Qualifizierungsangebote bereitstellen und mittelfristig zu einem leistungsfähigen System der beruflichen Bildung führen". Deshalb sei auch die IG Metall der Ansicht, die europäische Jugendgarantie konsequenter umzusetzen, auszuweiten und mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten.

- **Offener Brief an Jean-Claude Juncker**
- 

## **Ausblick: Konferenz zur CO2-Regulierung im Straßenverkehr**

**Die EU-Kommission eröffnet eine neue Debatte zur EU-weiten Reduzierung von CO2 im Straßenverkehr. Den Auftakt dazu bildet eine hochrangige Konferenz mit den zuständigen EU-Kommissaren am 18. Juni 2015 in Brüssel.**

Die EU-Kommission will die CO2-Grenzwerte für PKW in Europa für die Zeit nach 2020 neu festlegen. Einen formalen Gesetzesvorschlag soll es zwar nicht vor 2016 geben, doch Interessenvertreter aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind bereits alarmiert und versuchen auf den Entscheidungsprozess einzuwirken. Die Kommission hat einen

"ganzheitlichen Ansatz" der neuen Regulierung angekündigt. Was das bedeutet, erklärt EU-Energiekommissar Miguel Arias Cañete so: "Es geht nicht nur um den CO2-Ausstoß von PKW, sondern um einen Beitrag zur Reduzierung von Emissionen des Transportsektors insgesamt." In den Blick genommen werden dazu unter anderem die Treibstoffqualität, Biokraftstoff, die Straßeninfrastruktur und der Einsatz von Elektromobilität.

Mit ihrer CO2-Konferenz am 27. Januar 2015 hat sich die IG Metall bereits frühzeitig in die Debatte eingebracht und ihre Position verdeutlicht. Die IG Metall befürwortet eine strengere Emissionsregulierung, fordert aber eine Folgenabschätzung im Vorfeld hinsichtlich der Auswirkungen auf die Industrie und ihre Beschäftigten sowie eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Debatte. Auf Einladung von EU-Kommissar Cañete nimmt die IG Metall am 18. Juni 2015 an der Stakeholder-Konferenz "Driving Road Decarbonisation Forwards" in Brüssel teil und wird sich dort wie auch im weiteren Prozess für die Interessen der Beschäftigten der Automobilindustrie einsetzen.

- [Erklärung der EU-Kommission zur CO2-Reduzierung bei PKW](#)
- [Pressemappe zur CO2-Konferenz der IG Metall am 27.01.2015](#)

---

Herausgeber: IG Metall Vorstand  
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb  
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*  
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels  
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: [newsletter-bruessel@igmetall.de](mailto:newsletter-bruessel@igmetall.de)



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand